

## **Beschluss der Kreismitgliederversammlung (KMV) Eimsbüttel vom 5. Oktober 2022**

Zehn Jahre nach Abschluss der Verträge zwischen der Stadt Hamburg und den islamischen Religionsgemeinschaften werden diese Verträge mit SCHURA, DITIB und VIKZ sowie der alevitischen Gemeinde wie in den Verträgen verankert überprüft.

Die KMV Eimsbüttel begrüßt, dass auch islamische Religionsgemeinschaften mittels der Verträge anerkannt werden und mit diesen Verträgen für die muslimischen Hamburger\*innen ein Stück Gleichberechtigung im Hinblick auf die Rechte anderer Religionsgemeinschaften und Kirchen verwirklicht wird.

Zur SCHURA als einer der Vertragspartner\*innen gehört u.a. auch das Islamische Zentrum Hamburg (IZH) mit der der Imam-Ali-Moschee, auch als Blaue Moschee an der Alster bekannt. Es ist als Zentrum des schiitischen Islams in Deutschland und eine wichtige religiöse Institution der Schiit\*innen in Europa.

Das IZH wurde bereits vor Abschluss der Verträge 2012 vom Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz beobachtet. Dieser charakterisiert es als "weisungsgebundener Außenposten Teherans". Das hat sich bis heute nicht geändert.

Der Verfassungsschutz belegt zudem die Verbreitung frauenfeindlicher und homophober Thesen und sieht das IZH als Teil der Propagierung eines antiwestlichen und rigoros islamistischen Kurses des Iran. Hinzu kommt, dass das IZH keine Entwicklung mit Blick auf die Anerkennung des Existenzrechts Israels innerhalb der letzten zehn Jahre zeigte. Als GRÜNE hatten wir mit verschiedenen Beschlüssen auf Landesebene in der Vergangenheit gerade hinsichtlich dieser Frage ein klares Bekenntnis gefordert.

Der Blick auf die aktuellen Entwicklungen im Iran, den Mord an Mahsa Amini und in der Folge weiterer Demonstrant\*innen, das gewaltsame Vorgehen gegen die Proteste durch den iranischen Staat macht unsere Forderung, nach einer klaren Distanzierung des IZH vom Handeln der Regierenden im Iran umso dringender. Gleichzeitig bedeutet ein unverändertes Bekenntnis des IZH zum Iran, dass das IZH nicht länger Teil der Verträge zwischen islamischen Religionsgemeinschaften und der Stadt Hamburg bleiben kann.

Wir blicken dabei auch auf die SCHURA, die aktuell die Mitgliedschaft des IZH überprüft. Wer als Gemeinschaft, die sich klar für Religionsfreiheit, Menschenrechte und gegen jeden Antisemitismus einsetzt, anerkannt werden will, muss genau diese Frage stellen.

Die KMV Eimsbüttel fordert den Landesvorstand, die Grünen-Fraktion und die Grünen Senator\*innen auf, öffentlich und deutlich dafür einzustehen und darauf hinzuwirken, dass das IZH kein Akteur im Rahmen der Verträge mehr sein kann.